

Vladimír Gonêc

Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den
fünfziger Jahren

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.944>

Reprint von:

Vladimír Gonêc, Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den
fünfziger Jahren, in: Europa im Ostblock. Vorstellung und Diskurse (1945-
1991)/Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945-
1991), herausgegeben von José María Faraldo, Paulina Gulinska-Jurgiel
und Christian Domnitz, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien.
Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band
44), S. 371-387

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom
Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-
digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>

Zitationshinweis:

Vladimír Gonêc (2008), Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den fünfziger Jahren, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.944>

Ursprünglich erschienen als: Vladimír Gonêc, Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den fünfziger Jahren, in: Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse (1945-1991)/Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945-1991), herausgegeben von José María Faraldo, Paulina Gulinska-Jurgiel und Christian Domnitz, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 44), S. 371-387

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 44

José M. Faraldo
Paulina Gulińska-Jurciel
Christian Domnitz (Hg.)

Europa im Ostblock

Vorstellungen und Diskurse (1945–1991)

Europe in the Eastern Bloc

Imaginations and Discourses (1945–1991)



2008

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der VolkswagenStiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 15333 (HBB) ~~ZZF~~

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Tvorba. Týdeník pro kulturu a politiku. Nr. 20/1957, 16. Května, Ročník XXII,
Zeichnung: J. Pop

© 2008 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig.

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-412-20029-9

Inhaltsverzeichnis

Danksagung 9

Einleitung/Introduction

JOSÉ M. FARALDO

Europavorstellungen im Ostblock.
Zwischen Aneignung und Ablehnung..... 11

Zugänge/Approaches

WOLFGANG SCHMALE

„Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition? 23

HAGEN SCHULZ-FORBERG

The European Public Sphere and the Transnational History
of the Notion of Europe after 1945 37

CHRISTIAN DOMNITZ

Europäische Vorstellungswelten im Ostblock: Eine Topologie von
Europannarrationen im Staatssozialismus 61

JAN KIENIEWICZ

The Eastern Frontier and the Borderland of Europe 83

Stalinismus/Stalinismen

JOSÉ M. FARALDO

Die Hüterin der europäischen Zivilisation. Kommunistische Europa-
Konzeptionen am Vorabend des Kalten Krieges (1944–1948)..... 91

CARLOS REIJNEN

For a True Europe and a New Patriotism. Europe and the West from
a Czech Stalinist Perspective 111

JAN C. BEHRENDIS

Völkerfreundschaft und Amerikafeindschaft. Ilja Ehrenburgs
Publizistik und das Europabild des Stalinismus..... 125

TETJANA DZJADEVYČ

Der ukrainische sozialistische Realismus und der Europa-Diskurs.
Die Nachkriegswerke von Oles' Hončar (1946–1948)..... 145

Bilder/Images

JANA WÜSTENHAGEN

Europabilder in der DDR 1949–1989:
Zwischen Visionen und Realpolitik..... 165

JORDANKA TELBIZOVA-SACK

Die Balkan-Muslime und Europa..... 189

DRAGOȘ PETRESCU

Conflicting Perceptions of (Western) Europe: The Case of Communist
Romania, 1958–1989 199

JOANNA BAR

From Communism to Democracy: the Concept of Europe
in Cracow's Press in the Years 1975–1995 221

Dissens/Dissent

CRISTINA PETRESCU

Eastern Europe, Central Europe or Europe? A Comparative Analysis of
Central European Dissent and Romanian „Resistance through Culture“ 231

DENNIS DIERKS

Europa als Bezugspunkt? Einige Überlegungen zur kulturellen
Selbstverortung bosnisch-muslimischer Exilanten 1945–1990..... 251

FRIEDERIKE KIND-KOVÁCS

An „Other Europe“ through Literature: Recreating a European literary
„Kontinent“ in the light of the Helsinki Final Act..... 267

Exil/Exiles

THOMAS LANE

East European Exiles and their Interpretations of the Meaning
of Europe 301

JÓZEF ŁAPTOS

Visionen des gemeinsamen Europas. Die ostmitteleuropäische
Emigration zu Beginn des Kalten Krieges 317

PAULINA GULIŃSKA-JURGIEL

Geopolitik in der Emigration. Die Denkaufgabe ‚Europa‘ in der
Publizistik von Juliusz Mieroszewski 341

KATARZYNA STOKŁOSA

Der polnische Emigrant in Großbritannien: Rowmund Piłsudski und
seine Konzeption eines vereinten Europas..... 361

VLADIMÍR GONĚC

Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den fünfziger Jahren..... 371

Autorenverzeichnis 389

Abkürzungsverzeichnis 395

Literatur (Auswahl) 397

Personenregister 403

Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den fünfziger Jahren

In den siebziger und achtziger Jahren wurde in der Tschechoslowakei unter Bedingungen des Informationsmangels eine Europaidee propagiert, die Träumereien über Europa, nebelhafte Vorstellungen und naive Erwartungen umfasste. Daneben aber wurde Europa auch als Wertegemeinschaft aufgefasst, etwa von Denkern wie Jan Patočka und – im Exil – Václav Bělohradský. Alle diese Aspekte sind von Bedeutung und von Interesse für eine historische Analyse.

Für das Exil in den Jahren nach 1948 ist es zweckmäßig, sich auf konkrete Pläne und Aktivitäten für Europa in folgenden Dimensionen zu beschränken:

- Frieden und Kooperation in Europa, und dabei ganz konkret
- das Streben nach der Vereinigung Europas (oder unmittelbar das Ziel der Vereinigung Europas zu einer supranationalen Einheit).

Zwar handelte es sich auch hierbei um eine Vision, doch um eine spezifische, das heißt eine Vision, die auf pragmatischer und empirischer Analyse beruhte.

Es ist also danach zu fragen, unter welchen Bedingungen und Umständen Projekte wie Hubert Ripkas „föderatives Mitteleuropa unter dem europäischen Dach“ oder die „Mitteleuropäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ entstanden.

Die Generation der Exilpolitiker der fünfziger und sechziger Jahre wurde in der Zwischenkriegszeit sozialisiert, und somit unter anderen Bedingungen. So gehörte die tschechoslowakische Sektion zu den vier größten Sektionen der Paneuropa-Union. Daneben entstand 1929¹ ein Netz von Mitteleuropäischen Instituten, die führende Politiker, Großunternehmer, die wichtigsten Wirtschaftswissenschaftler, Rechtstheoretiker und Politiker aus der kommunalen Selbstverwaltung versammelten, um die Ideen der Vereinigung Mitteleuropas und Europas in Pläne umzuschmieden und diese zu propagieren.² In dieser Zeit besaßen z.B. der Briand-Plan und der Plan Tardieu breite Unterstützung in der tschechoslowakischen Ge-

1 Nach der Organisation „Mitteleuropäischer Wirtschaftstag“ von 1925 (und gegen diese Organisation).

2 In Brünn wirkte das „Mitteleuropainstitut für wirtschaftliche und kulturelle Annäherung“ (es entstand zwei Monate nach dem Institut gleichen Namens in Wien). Hierzu siehe: Miroslav Jeřábek, *Středoevropský ústav v Brně*, Brno 2006.

sellschaft. Andererseits erschienen tschechische Übersetzungen der Werke von Richard N. Coudenhove-Kalergi³ oder Edouard Herriot⁴ mit Vorworten des tschechoslowakischen Außenministers.

Wichtig für das psychologische Umfeld und seine Wandlung war, dass ursprünglich zwei Generationen von Tschechen vor dem Ersten Weltkrieg an der Prager tschechischen Universität und damit in einem abgeschlossenen Milieu, an einer Provinzuniversität studierten.⁵ Demgegenüber setzte die jüngere Generation nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ihre Hochschulbildung oft im Ausland fort.⁶ Für einzelne Persönlichkeiten besaß die Aktivität „für Europa und die Welt“ nicht nur einen symbolischen Wert, sondern auch eine private Dimension. So war z.B. Masaryks Frau Amerikanerin, die Ripkas Frau Französin, und Štefánik starb bei einer Flugzeugkatastrophe kurz vor seiner geplanten Hochzeit mit einer Italienerin.

Die proeuropäische Stimmung in den Diskussionen in der Tschechoslowakei kulminierte in den Jahren 1931–1936. Denn schon seit Anfang 1937 begannen die Anstrengungen um die Rettung vor der Bedrohung durch Nazi-Deutschland, die Debatten zu lähmen. Neue Impulse für Europa kamen nach dem Münchener Abkommen und stärker nach dem März 1939. Seit dieser Zeit rückte u.a. die Figur Hubert Ripka neben den Vertretern früherer Generationen (wie Milan Hodža und Edvard Beneš) in den Vordergrund.⁷

Exil nach 1948

Die Erfahrung der Kriegszeit führte dazu, dass im Unterschied zur Emigrationswelle nach dem Münchener Abkommen und seit dem März 1939, als „diejenigen, die eine (materielle o.ä.) Möglichkeit hatten“, ins Exil gingen, nach dem Februarumsturz 1948 „jeder, der musste“ die Tschechoslowakei verließ. In der Sprache der Kommunisten waren das verräterische Minister, Politiker, Abgeordnete, viele Persönlichkeiten aus der oberen und mittleren Schicht der Staatsbeamten, die so genannten „bürgerlichen Professoren“, viele Offiziere, auch viele Freiberufler usw. War das nationalsozialistische Besatzungsregime nur allmählich und stufenweise gegen die politische und intellektuelle Elite der zerschlagenen Tschechoslowakischen Republik vorgegangen, so erwartete man jetzt, nach dem Februar 1948 und unter der Herrschaft der Kommunisten zu Recht einen Blitzkrieg.

Es gab zehntausende Flüchtlinge, unter ihnen Menschen, die man als die zweite Gründergeneration der Tschechoslowakischen Republik bezeichnen kann, Altersgenossen von Staatspräsident Beneš. Sehr zahlreich war aber auch die jüngere Generation, d.h. jene Leute, die erst nach der Gründung der Republik ihr Hochschulstudium beendeten und dann teilwei-

3 Richard N. Coudenhove-Kalergi, *Pan-Evropa*, Praha 1926 [Vorwort von Edvard Beneš].

4 Edouard Herriot, *Evropa budoucnosti*, Praha 1931 [Vorwort von Edvard Beneš].

5 Ein ebenso abgeschlossenes Milieu war für die Krakauer Universität typisch, an der eine noch größere Zahl von polnischen Generationen studierte.

6 Oder an den neu gegründeten, offenen Universitäten in Brünn und Preßburg.

7 Hubert Ripka, *Munich, Before and After*, London 1939; vor allem das Kapitel: „Hegemony of Third Reich or European Federation?“

se während der dreißiger Jahre als Reserve für die künftigen höheren Staatsposten dienten, um sich im Kriegsexil oder während der drei Nachkriegsjahre zu etablieren.

Zu diesen Personen gehörte auch Hubert Ripka. (Auch z.B. Adolf Procházka, der während des Krieges Vorsitzender des legislativen Rates der Exilregierung in London war, oder General Jan Sergej Ingr, der Kriegsminister, usw.). Hubert Ripka diente in den dreißiger Jahren als Diplomat im Hintergrund, offiziell war er Historiker und ein prominenter Publizist. In London war Ripka Staatsminister im Außenministerium und dessen faktischer Leiter. (Also nicht Jan Masaryk, der zwar zum Außenminister ernannt wurde, faktisch aber der tschechoslowakische Diplomat Nummer 1 war.) Vom Kriegsende bis zum Februarumsturz war Ripka Minister für Außenhandel.

Die Kontinuität zum Exil während des Zweiten Weltkriegs ist wichtig wegen der spezifischen Atmosphäre in Paris in den Jahren 1939 und 1940 sowie in London seit dem Sommer 1940. Die Exilanten verschiedener Nationen, darunter namentlich die wichtigsten Politiker, standen miteinander in engen Beziehungen, die oftmals zu persönlichen Freundschaften wurden. Selbst Ripka war per „Du“ mit Georges Bidault und anderen französischen, britischen und anderen Politikern. Und auch während der kurzen Nachkriegszeit zerbrachen sie nicht.

Daneben spielten im neuen Exil die Diplomaten eine besondere Rolle. Fast alle Botschafter und viele andere Beamte aus den Botschaften lehnten es ab, für die kommunistische Regierung zu arbeiten und boten ihre Dienste und Fähigkeiten der Spitzenorganisation des Exils, dem Rat der freien Tschechoslowakei, an. Diese Diplomaten dienten mit ihren etablierten Kontakten als wichtige Brücke zur Diplomatie des Westens und zu den politischen Organisationen der Exilanten aus anderen Ländern Ostmitteleuropas.

Diese Verbindungen ermöglichten es, dass im Mai 1948 eine Gruppe kurz zuvor geflohenen tschechoslowakischer Politiker sogar als offizielle tschechoslowakische Delegation am Haager Europakongress teilnehmen konnte.

Mehrere Persönlichkeiten des tschechoslowakischen und polnischen Exils erneuerten unmittelbar 1948 und 1949 ihre Zusammenarbeit. Ähnlich rasch wurde eine Zusammenarbeit zwischen den tschechoslowakischen und rumänischen Exilpolitikern aufgenommen. Langsam wurden Beziehungen zwischen den tschechoslowakischen und ungarischen Politikern von der Organisation „Ungarischer Nationalausschuss“ geknüpft, und zwar mithilfe ehemaliger ungarischer Aktivisten der Paneuropa-Union. Parallel entwickelten sich Beziehungen zu bulgarischen Exilpolitikern und zu den Exilanten aus Litauen, Lettland und Estland. Komplizierter war es im Fall der Exilanten aus Jugoslawien. Einerseits bestanden viele freundschaftliche Kontakte, andererseits kooperierten schon damals die Serben, Kroaten und Slowenen nur selten.

Nationen übergreifende Kontakte unter den Exilpolitikern entstanden im Rahmen solcher Organisationen wie der Sozialistischen Internationale, den Nouvelles équipes internationales oder der Liberalen Weltunion, bald auch im Rahmen der entsprechenden übernationalen Organisationen wie der Union der demokratischen Sozialisten Ostmitteleuropas, der Christlich-Demokratischen Union Mitteleuropas und der Liberalen Union Ostmitteleuropas. Und besonders typisch für die Emigranten aus Ostmitteleuropa war die Gründung der Internationalen Union der Landwirte.

Seit 1954 arbeitete in New York die Versammlung der unterdrückten Nationen Europas (ACEN). Alle genannten Organisationen dienten zunächst vor allem dem Gedankenaustausch, bald aber schon der Zusammenarbeit in europäischen Fragen; die wichtigste Organisation aber war seit 1950 die Kommission für Ostmitteleuropa⁸ bei der Europäischen Bewegung.⁹

Das politische Exildenken zur Integration Mitteleuropas und Europas war von Anfang an von Phänomenen wie einem „naiven Föderalismus“ und Vorstellungen von einer föderalistischen Regulierung als Allheilmittel für alle Probleme belastet. Rasch breitete sich dieses Phänomen im polnischen Exildenken nach dem 17. September 1939 aus,¹⁰ zu einer neuen Welle kam es nach 1948, und das nicht nur im polnischen, sondern auch im ungarischen und rumänischen politischen Exil. Hauptcharakteristikum war die Abwesenheit oder ein geringes Maß an Kritikfähigkeit und analytischem Ansatz; der „naive Föderalismus“ stellte unzureichende Fragen an die konkrete verfassungsmäßige Struktur der Föderation, an deren konkrete Funktionsmechanismen und an die Funktionsgarantie, beginnend bei allgemeinen Garantien gegen Machtmissbrauch, über Garantien gegen den Missbrauch föderaler Mechanismen zum Vorteil nur eines Mitgliedes,¹¹ usw. Außerdem wurden Problemkreise wie die Stellung des Individuums im System der Staatsmacht bzw. der Schutz des Individuums vor der Staatsmacht anders als in Westeuropa, wo sie seit 1945 sehr sensible Fragen waren, marginalisiert bzw. überhaupt nicht thematisiert.

Internationale Probleme und wirtschaftliche Argumente

Gegen eine solche Bestimmung des Föderalismus war es möglich, wengleich schrittweise und langsam, durch rationale Argumente in Diskussionen Korrekturen zu erreichen. Ein großes Problem waren verdeckte Ideen einiger polnischer und ungarischer Politiker, für welche die Föderation ein Instrument umfassender Gebietsrevisionen zu Gunsten von Polen und Ungarn waren.

Für die tschechoslowakischen Exilpolitiker war es undenkbar, als Helfer beim polnischen Streben nach einem Reich von Stettin bis Kiew zu dienen. Auch darum weigerte sich das tschechoslowakische Exil, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen (noch weniger die polni-

8 Commission de l'Europe centrale et orientale.

9 Vladimír Goněc, „Zahraničnĕpolitická“ činnost exilu. Osobnosti, témata, prameny, in: Česko-slovenská historická ročenka 2005, Brno 2005, 133ff.

10 Seine Erzeugnisse wurden zum Objekt der Kritik, ja des Spotts noch während des Krieges, vor allem vonseiten wirtschaftlicher Analysten, die zur Frage der Erneuerung der europäischen Ökonomie nach dem Krieg arbeiteten. Vgl. z.B.: Antonín Basch, *A Price for Peace. The New European and World Markets*, New York 1945.

11 Eine Parallele zu diesem Zustand des Denkens ist die Schwäche des Denkens über den Staat sowie das Recht und die Rolle der Verfassungsmechanismen im polnischen, ungarischen und rumänischen Denken schon in der Zwischenkriegszeit, angesichts des realen Zustand des Staates und der Verfasstheit dieser Staaten. Vergleiche auch: Vladimír Goněc, *Verfassungsrevolutionarismus und Verfassungsrecht in Mitteleuropa nach 1918*, in: *Rozpad Rakouska-Uherska a fenomén versailleského systému ve střední Evropě / Der Zerfall Österreich-Ungarns und das Phänomen des Versailler Systems in Mitteleuropa*. Opava, Wien 1997, 83–92.

schen Ansprüche auf Stettin, welches westlich der Oder liegt). Eine Wende in dieser Frage erfolgte erst seit 1955 und deutlich dann seit 1956, als es der kommunistischen Propaganda opportun scheinen mochte, die Sowjetunion und die kommunistische Macht in Polen und der Tschechoslowakei als den Bewahrer der polnischen und der tschechoslowakischen Grenzen zu präsentieren. Nun erst versuchten die Vertreter des tschechoslowakischen Exils, die Regierungen der westlichen Mächte dazu zu bewegen, die Oder-Neiße-Grenze offiziell anzuerkennen und so die antikommunistische Opposition insbesondere in Polen effektiv zu unterstützen. Im Jahr 1956 versiegten deshalb im politischen Denken des polnischen Exils die Ideen von einem großpolnischen Reich. Und Ende 1956 war, dank einer neuen Welle der Emigration aus Ungarn, die Reichsidee im ungarischen Exildenenken desavouiert und es kam zu einem breiten Konsens mit dem tschechoslowakischen Exil für ein gemeinsames Vorgehen gegen den Kommunismus.¹²

Schon seit Sommer 1948 wurden in der westeuropäischen Presse z.B. Ripka's Thesen veröffentlicht, wonach eine Vereinigung ausschließlich Westeuropas keine wirkliche europäische Integration sei und dass gemessen an den Zielen der europäischen Integration eine zu kleine Organisationseinheit gebildet würde. Parallel argumentierte Ripka, dass man die Länder zwischen dem Eisernen Vorhang und der westlichen Grenze der Sowjetunion nicht aus dem Prozess der europäischen Integration heraushalten könne, so wie man auf diese nicht vorübergehend verzichten könne. Und im Namen des Rats der freien Tschechoslowakei, der Dachorganisation des tschechoslowakischen demokratischen Exils, verkündete Ripka u.a. das schon seit Sommer 1948 in der Presse und in Radio Free Europe verbreitete Ziel: „Eine freie Tschechoslowakei in einem freien und vereinigten Europa.“¹³

Einzelne Exilanten stellten seit Anfang der fünfziger Jahre die Frage, welche Umwälzungen in den Ländern Mitteleuropas unter kommunistischer Herrschaft umkehrbar und welche unumkehrbar seien. Dazu gehörten auch Fragen, welche der unumkehrbaren Umwälzungen in der ökonomischen Struktur eine positive Bedeutung beibehielten.¹⁴ Darin gipfelte auch eine ältere programmatische These des Kriegsexils, dass nach dem Krieg die Wirtschaftsstruktur der ostmitteleuropäischen Länder in Richtung auf eine industrielle Ökonomie, ausgestattet mit neuesten Technologien, umgebaut werden solle und hierdurch Export und Import spezialisierter industrieller Produkte rasch steigen würden. Das sollte u.a. heißen, kein „Europa A“ gegenüber einem „Europa B“, kein Europa mit industriellem Export gegenüber einem Europa mit agrarischem Export, sondern nur *ein* Europa mit industriell entwickelten Ländern, die ökonomisch miteinander verbunden wären.

Manche Exilanten schrieben daher mit Begeisterung von der raschen Zunahme des polnischen Exports in die Tschechoslowakei und umgekehrt.¹⁵ Sie beschrieben konkrete Fälle,

12 Vladimír Gonč, *Československý exil ve vztahu k maďarskému exilu a maďarské revoluci 1956*, in: Vladimír Gonč/Radomír Vlček (Hg.), *Z dějin visegrádského prostoru*. Richardu Pražákovi k pětasedmdesátinám, Brno 2006, 249–266.

13 Z.B.: Hubert Ripka, *Pas de véritable Union européenne sans les peuples opprimés de l'Est*, in: *Carrefour*, 31 août 1949.

14 In den Reihen des polnischen Exils gab es eine Umfrage und Diskussion über dieses Thema unter der Leitung von St. Zakrzewski. Für eine Zusammenfassung siehe: Stanisław Zakrzewski, *Które z przemian w Polsce są odwracalne?*, in: *Kultura* [Paris], 1953, Nr. 11, 4–20.

15 Seinerzeit wurde die Tschechoslowakei und Polen im wechselseitigen Außenhandel jeweils Partner Nummer eins.

wie z.B. den Bau eines neuen Großkraftwerks bei Wałbrzych (Waldenburg) in Niederschlesien, von dessen Produktion zwei Drittel in die Tschechoslowakei fließen sollten.

Jan Wszelaki, der wahrscheinlich wichtigste Wirtschaftsexperte im polnischen Exil, schrieb im Herbst 1951 über das industrielle Wachstum in Mitteleuropa. Er erwartete, dass zum Zeitpunkt des Falls des Eisernen Vorhangs die UdSSR nicht mehr fähig sein würde, ihre Satellitenstaaten in ihrem Einflussbereich zu halten, unabhängig von den wirtschaftlichen Folgen. Wszelaki riet dazu, die eben formierten Wirtschaftsverbindungen der Länder Mitteleuropas zu bewahren (also nur die ökonomischen Beziehungen mit der Sowjetunion zu unterbrechen) und diese ökonomische Einheit in das vereinte Europa einzubringen. Eine Rückkehr zur ökonomischen Souveränität wie in der Zwischenkriegszeit, so Wszelaki, würde hingegen schwere wirtschaftliche Einbußen und keine positiven Entwicklungen nach sich ziehen.¹⁶

Juliusz Mieroszewski entwickelte diese Argumentation weiter. In Überlegungen zu den möglichen Entwicklungen in den Staaten Mitteleuropas und in Russland nach dem Ende des Kommunismus warnte er davor, dass das neue Russland für Mitteleuropa ein sehr unangenehmer, bzw. gefährlicher Nachbar werden könne. Sollten einzelne Staaten Mitteleuropas eine so breite Souveränität wie vor 1939 anstreben, würden sie sich dem Druck des neuen Russlands nicht entgegensetzen können, sondern rasch in eine noch schlimmere Situation geraten, als sie die sowjetische Hegemonie bereits darstellte. Mieroszewskis eindeutige Folgerung lautete daher: Mit einem neuen Russland könne nur ein starker föderalistischer Block der mitteleuropäischen Staaten konkurrieren.¹⁷

Die analytische Tiefe von Mieroszewskis Arbeiten kann nicht bestritten werden; andererseits befasste er sich im zitierten Beitrag nur mit der Notwendigkeit, die Sicherheit Mitteleuropas vor Russland nach dem Ende des Kommunismus zu gewährleisten. Die Frage konkreter Mechanismen, also wie der mitteleuropäische Staatenblock faktisch funktionieren könne, wurde hingegen überhaupt nicht gestellt. Ripka seinerseits wurde zu dieser Zeit mit Vorschlägen hochrangiger Vertreter politischer Organisationen des polnischen, ungarischen und rumänischen Exils überhäuft, die Bezeichnungen wie „Donauföderation“, „Mitteleuropäische Föderation“, „Union der Osteuropäischen Nationen“ u.a. enthielten. Solche Begriffe waren mehr oder weniger leere Stichwörter; sie riefen sowohl in den Reihen des Exils als auch bei den westlichen Politikern nur falsche Erwartungen hervor und führten zur Desorientierung. Als Anregung für andere Ordnungsmodelle dienten Ripka die zunehmenden Krisensymptome der Satellitenstaaten in Mitteleuropa Ende 1952.

Ripka reagierte seinerzeit auf viele laienhafte Vorschläge aus den Exilkreisen, gleichzeitig kristallisierte sich sein eigenes Konzept in einer fruchtbaren Diskussion mit einigen polnischen Exilanten, namentlich Edward Raczyński, Jan Wszelaki und Stefan Olszewski heraus.¹⁸ Parallel dazu organisierte Edward Raczyński, der ehemalige polnische Außenminister seit 1953 eine Arbeitsgruppe für die konkretere Ausformulierung der Idee einer Auf-

16 Jan Wszelaki, *The Rise of Industrial Middle Europe*, in: *Foreign Affairs*, 1951, Nr. 4 (October).

17 Juliusz Mieroszewski, *List z Wyspy*, in: *Kultura* [Paris], 1951, Nr. 12, 44–50. Über Mieroszewski siehe den Beitrag von Paulina Gulińska-Jurgiel in diesem Band.

18 Z.B.: Jan Wszelaki, *O wschodni Plan Schumana*, in: *Kultura* [Paris], 1953, Nr. 6, 43–50; Diskussion H. Ripka's mit E. Raczyński: *Kultura* [Paris], 1952, Nr. 12, 3–14; Hubert Ripka, *Pro Československopolskou konfederaci*, Edward Raczyński, *Účast Československa a Polska v organizaci budoucího zřízení východostřední Evropy*, in: *Hlas Československa*, III, 1953, Januar, 18–21.

rechterhaltung der ökonomischen Verbindungen. Zur wichtigsten Persönlichkeit innerhalb dieser Gruppe wurde faktisch Jan Wszelaki.¹⁹ Zum Teil nach dem Vorbild des Europas der Sechser entstand das Projekt einer mitteleuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Das Projekt wurde roneographiert und an Wirtschaftsexperten und Politiker versandt.²⁰ Hierbei handelte es sich jedoch um ein ökonomisches Strukturprojekt. Es fehlte an einer institutionellen Struktur für Mitteleuropa. Schon vorher hatte man erkannt, dass Mitteleuropa noch mehr als Westeuropa auch eine enge politische Gemeinschaft benötigt, und zwar unmittelbar nach dem Fall der kommunistischen Herrschaft.

Hubert Ripkas Agitation für Mitteleuropa

Seit 1948 und in den fünfziger und sechziger Jahren war im Exildenen die Vorstellung von Westeuropa als einer Barriere gegen den Kommunismus, als letzte Rettung, als Kern der gesamteuropäischen Einigung, der sich auch die Länder Ostmitteleuropas in einem günstigen Moment anschließen sollten, eine Konstante. Dabei erwartete man auch, dass Westeuropa dabei tatkräftige Unterstützung leisten würde, diesen günstigen Moment herbeizuführen.

Diese Vorstellungen wurden in verschiedenen Konzeptionen des politischen Exils konkretisiert. Im Zeitraum 1948 bis 1951 hielten die Führungspersönlichkeiten des Exils alleine die Politik der französischen Regierung für konsequent antisowjetisch und antikommunistisch; die Politik der Regierungen der USA und Großbritanniens gegenüber der Sowjetunion bewerteten sie als unzulässig versöhnliche Politik.²¹ Stärker antisowjetische Positionen erwartete man von der neuen britischen Regierung nach der Rückkehr von Winston Churchill ins Premierministeramt sowie durch die Umsetzung der Wahlversprechen der neuen amerikanischen Administration unter Dwight D. Eisenhower.

Eine radikale Form nahmen diese Erwartungen im Konzept einer „Politik der Befreiung“ an. Im Interesse der eigenen Selbsterhaltung bzw. dem Schutz vor einer weiteren Welle der sowjetischen Expansion sollten demnach die Staaten Westeuropas zusammen mit den USA in militärischen Konflikten die Befreiung der mitteleuropäischen Staaten von der sowjetischen Vorherrschaft erreichen.

Ripka warnte schon seit 1952 vor den zerstörerischen Folgen eines militärischen Konflikts für Mitteleuropa und rechnete mit einer Befreiung ohne einen Krieg. Sein Plan ging davon aus, dass es zu einem Ausgleich zwischen den Machtpotentialen des Westens und der Sowjetunion kommen würde. Koordinierter Druck der westlichen Mächte auf die Sowjetunion in Verbindung mit aktivem Widerstand der Bevölkerung der Staaten, welche unter sowjetischem Protektorat standen, würden dann zur Befreiung führen. Schließlich entwarf

19 Einen Kommentar zum Entwurf veröffentlichte Jan Wszelaki, O wschodni Plan Schumana, in: *Kultura* [Paris], 1953, Nr. 6, 43–50.

20 Draft Plan for a Central and Eastern European Coal and Steel Community [Roneographie]. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Fond H. Ripka, Kart. 43, inv. Nr. 01512.

21 Es findet sich auch eine Bewertung als „Neues Appeasement“.

Ripka eine „Selbstbefreiungspolitik“.²² Hierbei handelt es sich um ein Konzept, das auf dem graduellen Anwachsen des innenpolitischen Widerstands in den mitteleuropäischen Staaten beruhte, welcher die Politik des Westens wirkungsvoll unterstützen sollte. Im polnischen Exil wurde diese Politik von der Redaktion der Zeitschrift *Kultura*, im tschechoslowakischen Exil von der Zeitschrift *Svědectví* vertreten.

Für Ripka besaß das Prinzip der Volkssouveränität sowohl während des Krieges als auch nach 1948 oberste Priorität. Keine Exilregierung, am wenigsten eine Exilvertretung nach Art des „Rats der freien Tschechoslowakei“, konnte die Situation nach dem Ende der Besatzung präjudizieren. Die Exilpolitiker fühlten sich verpflichtet, nach Kräften zur Befreiung ihres Landes beizutragen, sie konnten jedoch keine darüber hinausgehenden Schritte unternehmen. So konnten Vorschläge für die zukünftige Entwicklung ausgearbeitet werden; Ripka selbst begrenzte sich während des Krieges und in den ersten Jahren nach 1948 auf negative Entwürfe, auf Analysen, was nicht eintreten sollte, was unannehmbar sei, usw. Zu den unannehmbaren Szenarien zählte er schon im Krieg fünf Formen einer mitteleuropäischen überstaatlichen Organisation. Daneben formulierte er bereits im Frühling 1939 ein einfaches Ziel – ein föderatives Europa von demokratischen Staaten einschließlich Deutschlands. Zu konkrete Pläne für eine mitteleuropäische Föderation – polnische, tschechische, neohabsburgische usw. – kritisierte oder verspottete Ripka.

Erst 1952 erkannte Ripka, dass eine neue Lage eingetreten war. Einerseits war er überzeugt, dass man der neuen Welle dogmatischer oder unsinniger Föderationspläne²³ konkrete Analysen entgegenstellen und sachlich, ohne Träumereien über die zukünftige Ordnung Mitteleuropas diskutieren sollte. Ripka war deshalb alarmiert, als die US-Administration ohne Kenntnis der realen Probleme eine quasiideale Form der mitteleuropäischen Föderation zu entwerfen begann, um diese den Völkern Mitteleuropas nach einer Befreiung zu oktroyieren. Ihr hatten die mitteleuropäischen Exilanten ihre eigenen Pläne gegenüberzustellen. Gleichzeitig beobachtete Ripka die Umwälzungen zu Hause, in Mitteleuropa. Es formierte sich, obschon unter fremder Herrschaft und deren Willkür, eine wirtschaftliche Einheit der ostmitteleuropäischen Länder. Und es formierte sich auch ein gemeinsames Bewusstsein im Widerstand gegen die Sowjetherrschaft.

Ripka formulierte die Voraussetzungen, unter denen die Vorbereitung einer Föderation sinnvoll sei. Zu ihnen gehörten der Verzicht auf juristischen Dogmatismus, abstrakte Konstruktionen auf dem Reißbrett, den Rückgriff auf die Vergangenheit (dies unterstrich Ripka doppelt) und Träume von der idealen Form. Und: kein unmittelbarer Entwurf einer Verfassung. Man sollte die konkreten Umstände analysieren, unterschiedliche Szenarien entwerfen, eher allgemeine Grundsätze aufstellen als konkrete Formulierungen vorzunehmen, über diese Prinzipien diskutieren und schließlich zum Konsens kommen. Gleichzeitig sollte der Bevölkerung der mitteleuropäischen Länder die Perspektive der Föderalisierung intensiv und mit sachlichen Argumenten nahegebracht werden.

22 Die ausgereifte Form dieses Konzepts findet sich in folgendem Text: Hubert Ripka, *Self-Liberation Policy of the Captive European Nations*, vom Oktober 1956. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Fond H. Ripka, Kart. 16, inv. Nr. 00709.

23 Siehe oben die Sätze über den naiven Föderalismus.

Die föderalistischen Konzepte Ripkas

Bei der Bewertung von Ripkas Arbeit in den fünfziger Jahren ist Ripkas methodologischer Ausgangspunkt zu berücksichtigen, wonach der klassische juristische Begriffsapparat veraltet und unbrauchbar sei, einschließlich solcher Begriffe wie Föderation, Bundesstaat, Konföderation, usw. Wenn Ripka diese Begriffe benutzte, dann mit einem anderen Inhalt und einer anderen Bedeutung. Vor allem wandte Ripka Konzepte des Funktionalismus auf den beginnenden Prozess der westeuropäischen Integration an. Außerdem übernahm Ripka noch während des Krieges die Konzepte der Ethik, des Individualismus und die Werte des Neokantianismus.

Ripkas föderalistische Konzeption beruht demnach auf der Auffassung des Individuums als eines absoluten Wertes. Das föderalistische Modell sollte deshalb die Verwirklichung dieses Wertes garantieren. Hieraus resultierte die Forderung nach der Beschränkung der staatlichen Macht und der Demontage staatlicher Instanzen. Hierbei handelt es sich um Parameter der inneren Struktur des Nationalstaates. Angesichts der damaligen Gestalt der internationalen Beziehungen (deren Mechanismen den Weg zur Dominanz eines Volkes öffnen konnten) forderte Ripka die Entwicklung überstaatlicher föderalistischer Mechanismen.²⁴

Die erste Systematisierung dieser Gedanken nahm Ripka²⁵ in der tschechoslowakischen sowie der polnischen Exilpresse in der zweiten Hälfte 1952 vor. Gleichzeitig stellte er seine Ansichten in einer Reihe von Vorträgen vor, welche vor Vertretern einzelner Exilorganisationen gehalten wurden, angefangen bei der Polish Federalist Association, über amerikanische und kanadische Organisationen der internationalen Politik²⁶ bis hin zu Colleges, das Mid European Studies Center u.a.

Ripka warnte wiederholt davor, dass die Idee der Föderation durch die politische Realität kompromittiert werden könne, wenn man sie nicht pflege. Namentlich machte er darauf aufmerksam, dass der Trend zum Nationalismus ein Faktor sei, mit dem zu rechnen sei, und gleichzeitig forderte er, die historische Tradition, die Vielfalt Europas in kultureller und sozialer Hinsicht zu berücksichtigen.

Ripka betonte insbesondere, dass es nicht nur um ein zeitweiliges Respektieren aufgrund politischer Taktik gehe, sondern auch um die Bewahrung des Prinzips, dass die europäische Zivilisation unmittelbar auf der Vielfalt der kulturellen, sozialen und politischen Aktivitäten im Rahmen Europas beruhe. Deshalb könnte die europäische Perspektive nicht auf der Ein-

24 Diese Probleme betonte Ripka in der Studie: Hubert Ripka, *Proti totalismu federalism*, in: *Tribuna. List Československého ústavu zahraničního v exilu* [London], 1953, Januar-März, 5ff.

25 In den betreffenden Kapiteln seines Manuskripts „Co po komunismu?“ Dieses wurde zwar als Ganzes nicht herausgegeben, für unser Thema ist jedoch die Herausgabe einzelner Kapitel in Zeitschriften relevant [Hubert Ripka, *Nová úprava poměru mezi Čechy a Slováky*, in: *Hlas Československa*, III, 1953, März-April, 19–24; Hubert Ripka, *Československo – evropskou potřebou*, in: *Hlas Československa*, III, 1953, Mai, 6–8], weiter sind es die Handschriften der Kapitel „Federalistický řád svobody a spravedlnosti“ und insbesondere „Konfederativní reorganizace střední Evropy“ [Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Fond H. Ripka, Kart. 13, inv. Nr. 00690], daneben wurde die Diskussion mit E. Raczynski in der polnischen Exilzeitschrift *Kultura* abgedruckt [Kultura (Paris), 1952, Nr. 12].

26 Z.B. das American Committee on United Europe, Canadian Institute of International Affairs, etc.

heitlichkeit beruhen; Versuche, die Vielfalt der geistigen und sozialen Anstrengungen, Neigungen und Interessen in Europa zu nivellieren, würden vielmehr Konflikte herbeiführen.²⁷ Deshalb lehnte Ripka für Europa ausdrücklich das Modell einer Föderation nach dem Modell der USA, Australiens oder Kanadas ab.

Was die ökonomische Integration Europas angeht, so lehnte Ripka²⁸ das Modell einer Komplementärwirtschaft von Industrie- und Agrarländern in einem Block ab²⁹; andererseits setzte er voraus, dass es in den landwirtschaftlich rückständigen europäischen Staaten zu einer industriellen Transformation kommen würde.³⁰ Zum Instrument der ökonomischen Integration Mitteleuropas sollte eine Zoll- und Währungsunion unter Stärkung der Mechanismen des wirtschaftlichen Wettbewerbs werden.

Andererseits ließ sich Ripka stark vom Modell der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl inspirieren und wies direkt auf dieses Modell hin. So viele Organisationen dieser Art wie möglich sollten in Europa geschaffen werden, und zwar noch vor der Einführung der Zollunion. Konkret forderte Ripka eine vergleichbare Organisation im Bereich der Kohleindustrie zu schaffen, eine weitere für die Stahlindustrie, den Maschinenbau (einschließlich der Waffenindustrie), die Chemieindustrie und für einige Bereiche der Konsumindustrie. Außerdem empfahl Ripka eine Organisation für die Landwirtschaft und für die Koordinierung der Nationalbanken im Bereich der Emission und Kreditpolitik zu schaffen. Solche sektoralen Organisationen könnten verständlicherweise über die Mechanismen einer Zollunion weit hinausgehen, zugleich aber hielt Ripka ihre Gründung für einfacher als das Durchsetzen einer Zollunion. Diese Organisationen sollten von überstaatlichen Kommunikationsorganen ergänzt werden, also z.B. für Post, die Kommunikation im Allgemeinen sowie den Verkehr. Einige dieser Organisationen konnten laut Ripka den gesamten Raum Mitteleuropas und des Balkans erfassen, andere nur Mitteleuropa.³¹

Allerdings schon in dieser Etappe seiner Überlegungen begann Ripka an der Wahrscheinlichkeit der Gründung und der effektiven Funktion einer überstaatlichen föderalen Regierung zu zweifeln.³² Anders verhielt es sich im Fall eines supranationalen Parlaments, welches aus direkten Wahlen hervorgehen sollte (und nicht qua Delegation durch die nationalen Parlamente) und das Ripka für möglich und notwendig hielt. Diesem Parlament gegenüber sollten die Ministerausschüsse der überstaatlichen Organisationen verantwortlich sein.³³ Eine wichtige Rolle sollte dieses Parlament auch bei der Meinungsbildung und der Schaffung eines gemeinsamen Bewusstseins der Einwohner der Föderation spielen. Und im

27 Hubert Ripka, *Konfederativní reorganizace střední Evropy ...*, 7.

28 Im Anschluss an das Konzept A. Baschs aus der Zeit vor Kriegsende. Siehe: Antonín Basch, *A Price for Peace ...*, 121ff.

29 Dieses Modell war in den dreißiger Jahren unter den mitteleuropäischen Ökonomen populär. Und in einer abgewandelten Form wurde es im Grunde im sowjetischen ökonomischen Block realisiert.

30 Diese müsse jedoch einen sinnvollen ökonomischen Charakter haben. Ripka lehnte ausdrücklich das Modell der sowjetischen Industrialisierung ab; seine Folgen verlangen eine weitreichende Reform und Umgestaltung im ökonomischen wie im sozialen Bereich.

31 Hubert Ripka, *Konfederativní reorganizace střední Evropy ...*, 19–22.

32 Hubert Ripka, *Konfederativní reorganizace střední Evropy ...*, 18.

33 Diese Ausschüsse waren Analogien der Ministerräte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Gegenteil zu den EGKS-Versammlungen sollte dieses Parlament auch das Recht auf Gesetzesinitiative besitzen.³⁴

Ripka und Gesamteuropa

In diesem Zusammenhang äußerte sich Ripka zu Fragen der gesamteuropäischen Vereinigung. Diese bewertete er als ein langfristig angelegtes Vorhaben, auch für das Europa westlich des Eisernen Vorhangs. Einerseits hielt er die Annäherung der politischen und sozialen Systeme sowie die weitere kulturelle Annäherung für grundlegend für das Funktionieren der europäischen Föderation; einen europäischen Bund mit gegensätzlichen Systemen in den Mitgliedstaaten zu schaffen, war seiner Meinung nach ausgeschlossen.³⁵ Andererseits war für Ripka, wie bereits betont wurde, die Vielfalt der Ideen und Gesellschaften unbedingt zu bewahren, wenngleich eine bedeutende Annäherung notwendig sei. Schrittweise und auf lange Sicht könne in Europa ein Konsens über die Hauptprinzipien entstehen, bei gleichzeitiger Achtung der Unterschiede in der alltäglichen Praxis. Zu den wichtigsten Schritten und Instrumenten auf diesem Weg gehörte für Ripka die Einsetzung eines direkt gewählten europäischen Parlaments.

Weiterhin war für Ripka der Aufbau eines Systems Europäischer Gerichte, deren Urteile für alle Mitgliedstaaten bindend sein sollten, eine dringende Notwendigkeit. Die Kompetenzen dieser Gerichte sollten ein verbindliches Schiedsverfahren zwischen den europäischen Staaten, bindende Urteile im Bereich der Menschenrechte und schließlich auch verbindliche Verfahren in der Minderheitenproblematik umfassen.³⁶

Insgesamt bot der in Westeuropa beginnende Integrationsprozess Ripka ein anschauliches und triftiges Argument für eine konkrete mitteleuropäische Integration in der Region „zwischen Deutschland und Russland“.³⁷ Ripka erwartete außerdem, dass dieser Prozess mit einer ganz Europa umfassenden Integration beendet würde. Daneben führte er allerdings auch weiterhin spezifische Gründe an, derentwegen die enge Verknüpfung der Nationen Mitteleuropas ein Imperativ sei. Ripka nannte drei konkrete Szenarien: den Fall, dass die gesamteuropäische Vereinigung nicht voranschreiten würde, den Fall, dass es zwar zur Vereinigung ganz Europas kommen würde, aber unter deutscher Dominanz, und schließlich den Fall, dass die Sowjetunion Mitteleuropa zwar aufgeben, das sowjetische System aber in den alten Grenzen der UdSSR an der Macht bleiben würde.

Ein anderes prinzipielles Argument für die Vereinigung Mitteleuropas war für Ripka die Notwendigkeit, Vorstellungen in Westeuropa zu überwinden, wonach Mitteleuropa eine Last darstelle. Vor allem seien die gefährlichen Ableitungen aus dieser Vorstellung zu überwinden; so kamen seinerzeit für Ripka unannehmbare Vorschläge auf, die Last eines balkaniserten und zerstrittenen Mitteleuropas abzuwerfen (was z.B. hieß, die Länder Mit-

34 Hubert Ripka, *Konfederativní reorganizace střední Evropy ...*, 23.

35 Auch in diesem Fall bestand Kontinuität zu einer Aussage von A. Basch: Antonín Basch, *A Price for Peace*, 121.

36 Hubert Ripka, *Konfederativní reorganizace střední Evropy ...*, 7–9.

37 Also nicht nur von der Ostsee, sondern auch wirklich vom Nordkap bis Kreta.

teleuropas dem Einfluss Deutschlands oder Russlands zu überlassen) oder einige Ideen aus amerikanischen Kreisen dem mittleren Europa von außen zu einer Föderation aufzuzwingen.³⁸

Ripkas Buch „A Federation of Central Europe“

Im Februar 1953 schloss Ripka sein Projekt einer „Föderation für Zentraleuropa“ ab; es wurde in englischer Sprache, in einfacher Form, jedoch gebunden aufgelegt³⁹, es folgte eine französische, roneographisch in Loseblättern vervielfältigte⁴⁰ Ausgabe.⁴¹ Um seine ökonomische Argumentation zu illustrieren, griff Ripka auf die Tafeln Jan Wszelakis zurück.

Ripka beantwortete vor allem die Frage, warum das vereinigte Mitteleuropa eine Einheit im Rahmen des vereinigten Europas bilden sollte. Hierbei handelte es sich um eine Variante des ein Jahrhundert alten Problems „Europa zwischen Deutschland und Russland“ oder eines „Streifens kleiner Nationen zwischen Deutschland und Russland“. Nach Ansicht Ripkas bedurfte Mitteleuropa weniger aufgrund der historischen Erfahrung, sondern eher aus geographischen Gründen, auf Grund des Wirkungsgrad des Militärs (und den Möglichkeiten der Verteidigung) sowie aus ökonomischen Gründen einer geschlosseneren Form der Integration als z.B. die kleinen Nationen Westeuropas.

Ripka durchdachte auch Varianten beim Integrationsgrad Westeuropas im Augenblick der Befreiung Mitteleuropas. Für sehr wichtig hielt er die Frage, ob Westeuropa auch schon politisch integriert sei und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft schon funktionieren würde oder nicht.⁴² Im positiven Fall wäre dies nach seiner Ansicht eine außerordentlich günstige Situation für eine relativ schnelle und direkte Integration Mitteleuropas in ein Gesamteuropa und könne die unmittelbare Aufnahme in die Institutionen der europäischen Gemeinschaft bedeuten.⁴³

Weniger günstig beurteilte Ripka die Entstehung einer funktionierenden westeuropäischen Gemeinschaft ohne Einbeziehung Großbritanniens. In einer solchen Gemeinschaft erwartete er nämlich die einseitige Dominanz eines vereinten Deutschlands. Im Interesse des Gleichgewichts in einem solchen vereinigten Europa hielt er eine starke regionale Föderati-

38 Hubert Ripka, *Konfederativní reorganizace střední Evropy ...*, 3–4.

39 Hubert Ripka, *A Federation of Central Europe*, New York 1953.

40 Hubert Ripka, *Une fédération de l'Europe centrale et orientale: étude*, New York 1953.

41 Sie wurden zum einen an die Führer des Exils aus anderen Ländern Mittel- und Südosteuropa gesandt, andererseits aber auch westeuropäischen und nordamerikanischen Politikern sowie den Vordenkern und Praktikern der westeuropäischen Integration (R. Schuman, G. Bidault, R. Cassin, R. Mayer, C. de Gaulle, W. Churchill, C. Davies, H. Macmillan, etc., auch J. Rettinger, H. Brughmans, D. de Rougemont, S. de Madariaga, etc).

42 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 64–66.

43 Insbesondere auf der wirtschaftlichen und militärischen Ebene. Gleichzeitig würde der Prozess der Bildung der eigentlichen mitteleuropäischen Föderation vereinfacht oder gar unterstützt; die gemeinsamen mitteleuropäischen Regionalorgane würden aber nur in einigen Angelegenheiten gebildet.

on der Länder Ostmitteleuropas für notwendig.⁴⁴ Die seines Erachtens ungünstigste Variante war die eines noch nicht zu einer engen Gemeinschaft vereinigten Westeuropas. Solche Verhältnisse würden die Länder zwischen Deutschland und Russland dazu zwingen, eine höchst konzentrierte regionale Föderation zu gründen.⁴⁵ Es sollte sich um keine klassische Föderation handeln, sondern um ein System „supranationaler Autoritäten“.

Daneben durchdachte er auch solche Möglichkeiten, in denen es zur Vereinigung Deutschlands in Abstimmung mit den Westmächten oder mit der Sowjetunion ohne oder sogar gegen die Westmächte kommen könnte.⁴⁶ Ripka entwickelte Vorstellungen, in denen das kommunistische Regime in der Sowjetunion auch nach dem Zerfall der kommunistischen Herrschaft in Mitteleuropa bestehen bleiben würde bzw. nicht, und in denen Russland als einheitlicher Staat in den Grenzen der Sowjetunion überleben oder auseinanderfallen würde. Daneben stellte Ripka Überlegungen an, welche Aktivitäten man vonseiten einer unabhängigen Ukraine erwarten könne und welche Ansprüche der wiederbelebte ukrainische Nationalismus gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien stellen würde.⁴⁷

Ein anderer Aspekt von Ripkas Denken betraf Fragen des territorialen Umfangs des vereinten Mitteleuropas. Eine quasi-habsburgische Variante war laut Ripka zweck- und wirkungslos. Eine Vereinigung mit Polen wäre günstiger, allerdings nicht besonders. Ein einheitliches „Großmitteleuropa“ von Estland bis zur Türkei war ihm zufolge eine unrealistische Träumerei. Darum präsentierte Ripka zwei seines Erachtens sinnvolle und realistische Szenarien. Bei der ersten handelte es sich um eine „Föderation der Acht“, d.h. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Österreich, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien. Den Vorzug aber gab Ripka einer zweiten Variante in Form einer „Konföderation zweier Föderationen“, d.h. der Polen-Donauraum-Föderation (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Österreich, Rumänien, eventuell auch Litauen, Lettland und Estland) und der Balkan-Föderation (Jugoslawien, Bulgarien, Albanien, Griechenland und Türkei); beide sollten durch supranationale Organisationen verbunden sein (d.h. es handelte sich um keine klassische Konföderation, sondern eine engere funktionelle Verbindung). Der letztgenannten Form widmete Ripka den größten Teil seiner Aufmerksamkeit.⁴⁸

Was die rechtliche Struktur der mitteleuropäischen Föderation angeht, so war die von Ripka vorgenommene Verbindung von supranationalen und intergouvernementalen Organen einzigartig.⁴⁹ Sie bildete ein gemischtes System, in dem die Befugnisse und Tätigkeiten der föderalen Organe zuerst nur jene Angelegenheiten umfassen sollten, deren Föderalisierung

44 Sie war im Interesse des ganzen Europas wie auch im Interesse der einzelnen mitteleuropäischen Länder. (Das Vereinigte Europa ohne Großbritannien und Russland ist identisch mit der ursprünglichen Vorstellung von R. N. Coudenhove-Kalergi aus dem Jahr 1923).

45 Die überlebenden traditionellen Formen der politisch-militärischen Allianzen und den politisch-ökonomischen Verträgen würden die mittelsteuropäischen Länder auf Grund des Selbsterhaltungsinstinks zu maximaler Verbindung zwingen.

46 Diese Problematik betonte Ripka neben dem genannten Werk z.B. in einem Memorandum, das Anfang September 1953 an die Staatsmänner der westeuropäischen Länder gerichtet wurde [Hubert Ripka, *Mémoire sur le problème allemand et la politique de libération*. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Fond H. Ripka, Kart. 25, inv. Nr. 00765.] sowie bei weiteren Gelegenheiten.

47 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 10–13.

48 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 23–25, 28–35, 46–48.

49 Zusammen mit der schon erwähnten Ablehnung des Modells „klassische Föderation“ durch Ripka.

für die nach der Befreiung sicher überempfindlichen Öffentlichkeiten der einzelnen Länder klar akzeptabel wäre. Diese Befugnisse sollten anschließend nach und nach erweitert werden; in ihrer finalen Form sollten die föderalen Organe nur mit jenen Angelegenheiten betraut werden, in denen die Delegation an supranationale Organe sich unzweifelhaft als Vorteil erwies. Alle anderen Gegenstände sollten entweder zum Objekt der zwischenstaatlichen Koordination werden oder ausschließlich Gegenstand der nationalen oder lokalen Organe bleiben.

Schlüsselaspekt der Integration war für Ripka die Sicherheit. Deshalb sollte die Verwirklichung eines Systems der Verteidigung und Sicherheit Europas, dessen Keimzelle eine gemeinsame Armee war, der erste Schritt der Integration sein. Das föderale Verteidigungsministerium und das obere Befehlskommando würden zu Vollzugs- und Verwaltungsorganen; beide sollten dem Einfluss der nationalen Regierungen und Parlamente entzogen sein. Das Ministerium unterstützte der Kontrolle des föderalen Parlaments.⁵⁰ Die gemeinsame Armee wäre der erste Schritt einer gemeinsamen Außenpolitik und der anschließenden Koordinierung einiger ökonomischer Aktivitäten. Der Integrationsprozess sollte auf diese Weise völlig anders gestaltet werden als in Westeuropa.

Die folgenden Integrationsschritte sollten nach Ripkas Überlegungen ausgewählte ökonomische Sachverhalte betreffen und durch supranationale Organisationen, analog zu den Mechanismen der EGKS, koordiniert werden, zugleich jedoch individuell in konkreten Dimensionen. Hierbei sollte die Integration schrittweise voranschreiten. Ripka wurde zwar vom Modell der Benelux-Staaten beeinflusst; gleichzeitig aber nahm er an, dass die Mechanismen der supranationalen Institutionen schnell zur Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit führen und um ein Vielfaches schneller verlaufen würden als die Implementierung einer Zoll- und Währungsunion.⁵¹ Ripka setzte voraus, dass die Vollzugsorgane der supranationalen Organisationen in der Endphase dem indirekten Einfluss der Nationalregierungen entzogen wären.⁵²

Als Organ für soziale Angelegenheiten empfahl Ripka, einen Föderalausschuss der Sozialminister zu gründen. Für eine Reihe von andere Angelegenheiten⁵³ empfahl er die bloße Koordination, nicht die Integration; diese Angelegenheiten sollten ungefähr wie die heutigen zweiten und dritten Pfeiler der europäischen Union funktionieren.⁵⁴

Das Verteidigungsministerium wäre das einzige föderale Ministerium im traditionellen Sinne. Andererseits sollte die föderale Vollzugsmacht ohne traditionelle föderale Regierung und ohne föderale Ministerien – mit Ausnahme des Verteidigungsministers – funktionieren. Die föderale Vollzugsmacht sollte getrennt, in Form einzelner Vollzugsorgane der supranationalen Organisationen (vom Typ einer „Mitteleuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“) arbeiten und der strikten Kontrolle des föderalen Parlaments unterworfen sein.⁵⁵ Das Ziel bestand u.a. darin, die traditionelle Triebfeder übertriebener Zentralisierung auszuschal-

50 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 67–69.

51 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 69–71.

52 Im Gegensatz zur EGKS (oder der EWG) würde sie sich nicht aus den Ministerräten zusammensetzen, andererseits aber würden sie der völligen Kontrolle des Föderalparlaments unterliegen.

53 Namentlich Angelegenheiten der Justiz und der Bildung.

54 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 72.

55 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 74–76.

ten. Dieses Modell, so nahm Ripka an, sei in psychologischer Hinsicht für die öffentliche Meinung in den mitteleuropäischen Ländern annehmbarer.

Das Interesse Ripkas bestand darin, nach einem solchen Föderationsmodell zu suchen, welches Garantiemechanismen gegen einen Prozess der Zentralisation und Degeneration der föderalen Arrangements in einem faktisch zentralisierten Staat vorsah. Ripka löste auf diese Weise ein Problem, das Erfahrung und rechtstheoretische Reflexion schon in den vorangegangenen 50 Jahren aufgeworfen hatten: Dass die klassische Föderation ein vorübergehendes und langfristig nicht zu erhaltendes Modell ist, denn dies sich bewegt unvermeidlich von Summen selbständiger Staaten zu einem zentralisierten und unitären Staat. Eine konzentrierte föderale Exekutivmacht mit einer starken Föderalregierung an der Spitze war stets die Kraft, die Zentralisierung betrieb.

Das Parlament der Föderation sollte als Machtzentrum ein Gegengewicht zur Exekutive bilden. In genau bestimmten Angelegenheiten sollte es die volle gesetzgeberische Macht ausüben. Auf diese Weise hätten seine Kompetenzen nicht nur die der Versammlung der EGKS, sondern auch des heutigen europäischen Parlaments übertroffen. Daneben sollte das Parlament das Recht der vollen Kontrolle über die Exekutivorgane der supranationalen Organisationen sowie über die Ministerausschüsse in den Angelegenheiten der Koordinierung der Politik erhalten. Sehr ausführlich behandelte Ripka das Recht der Eigeninitiative des Parlaments, die alle Fragen der Föderation umfassen sollte.⁵⁶ Diese Bestimmung war nicht bloß statisch aufzufassen, sondern prozessual und vom Standpunkt der Gestaltung der Föderation und umfasste deshalb auch das Recht der parlamentarischen Initiative in Fragen der Vertiefung der Föderation.⁵⁷

Das Schiedsverfahren zwischen den Mitgliedern der Föderation wies Ripka dem europäischen Schiedsgerichtshof zu.⁵⁸ Das Oberste Gericht der Föderation sollte ein Verfassungsgericht *sui generis* sein. Weiter sollte es Grundsatzkompetenzen in Fragen der Verletzung der Menschenrechte und der Verletzung der bürgerlichen Freiheiten besitzen.⁵⁹ Der dritte und privilegierte Kompetenzbereich des Obersten Gerichts der Föderation sollte die Entscheidung in den Angelegenheiten des Schutzes der ethnischen, rassischen und religiösen Minderheiten sein; unter anderem bestand der Zweck darin, den nationalen Regierungen die Möglichkeit der Instrumentalisierung von Minderheiten gegen einen anderen Mitgliedsstaat der Föderation zu nehmen.⁶⁰

Ripka definierte die Föderation aber auch negativ⁶¹: die Organisation sollte vom Standpunkt der Rechtsdogmatik nicht rigide sein, auch nicht uniform oder simplifiziert. Das Endkonzept sollte schrittweise auf der Grundlage einer pluralistischen Organisation der Gesellschaft und föderalistischer Prinzipien gesucht werden. Es sollte sich also um ein anpas-

56 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 76–77.

57 In den Fragen der Vertiefung sollten natürlich die Kompetenzen der bisherigen Nationalorgane erhalten bleiben, einschließlich ihres Vetorechtes.

58 Dies entwarf er schon in dem oben genannten Werk „*Co po komunizmu?*“

59 Falls in diesen Angelegenheiten kein anderes gesamteuropäisches Gericht kompetent wäre.

60 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 77. Ripka befürchtete, dass die Minderheitsproblematik im gesamteuropäischen Rahmen unbeachtet bleiben könne; ebenso könne die in Europa so problematische Frage der ethnischen Minderheiten unterbewertet bleiben.

61 Das ist im Übrigen typisch für das mitteleuropäische Denken.

sungsfähiges und flexibles System handeln. Ripka unterstrich wiederholt die Notwendigkeit einer Formenvielfalt der gesamten Organisation.⁶²

Unter den Besprechungen von Ripkas Buch sind zwei hervorzuheben, beide stammen von Polen.⁶³ Die erste wurde von dem bekannten politischen Kommentator Juliusz Mieroszewski in der Pariser *Kultura* veröffentlicht. Mieroszewski erwartete unter anderem, dass Ripkas Buch für alle, die sich ernsthaft mit diesem schwierigen Problemkreis befassen, zweifellos zum Klassiker werden würde. Aus der praktischen Perspektive aber riet Mieroszewski, sich zunächst auf gemeinsame föderalistische Aktivitäten des tschechoslowakischen und des polnischen Exils zu beschränken und alleine diese anzuknüpfen und weiterzuentwickeln.⁶⁴

Dagegen widmete Edward Raczyński der Arbeit Ripkas in der folgenden Nummer derselben Zeitschrift breiten Raum und nahm sie vor der Kritik in Schutz.⁶⁵ Er kritisierte die Exilpolitiker dafür, dass sie sich zu sehr mit alltäglichen Problemen beschäftigten und alten Träumen aus der Zwischenkriegs- und Kriegszeit anhängen und dass sie in die Zukunft gerichteten Projekten wie dem Hubert Ripkas keine Beachtung schenken.

Raczyński betonte insbesondere, dass alle Bemühungen um eine Rückkehr zu den Konzepten einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation (oder einer „Konföderation sui generis“) aus der Kriegszeit sinnlos seien. Raczyński betonte, Ripkas Projekt entspreche in fast allen Details den polnischen Interessen. Er bewertete es sehr hoch, dass Ripka mehrere Szenarien entworfen habe, daneben auch das Prinzip, wonach die konkrete Formierung einer mitteleuropäischen Föderation dem konkreten Stand der bisherigen Integration im freien Teil Europas entsprechen müsse.

Raczyński schloss sich auch Ripkas Warnung an, dass man im Fall des Endes der kommunistischen Herrschaft in Mitteleuropa eine Chance zu verlieren habe, wenn man nicht darauf vorbereitet sei, die Föderation sofort schaffen und rasch weiterentwickeln zu können. Und im Unterschied zu Westeuropa, wo der Integrationsprozess langsam voranschreiten könne, müsse man in Mitteleuropa sofort das Bestehen einer politischen wie einer wirtschaftlichen Gemeinschaft als überstaatlicher Organisation feststellen können.

Schlussfolgerungen

Ripka trat somit gegen den naiven Föderalismus sowie gegen rechtsdogmatische Ansichten im Hinblick auf die Konstruktion der europäischen und der mitteleuropäischen Integration auf. Er war sich der Notwendigkeit bewusst, die vielseitigen Mechanismen der real funktionierenden supranationalen Regelungen eventuell an die wechselnden Verhältnisse anpassen und umbilden zu müssen. Deshalb waren für ihn Träumereien von einem vereinigten Europa

62 Hubert Ripka, *A Federation ...*, 79.

63 Ripkas Arbeit wurde natürlich auch in den Kreisen des tschechoslowakischen Exils, angefangen bei Hodža Junior, von den Vertretern des Exils anderer mitteleuropäischer Länder, in den Kreisen der Europabewegung, und auch in den Organen der Außenpolitik der USA, usw. diskutiert.

64 „Londyńczyk“ [Juliusz Mieroszewski], *Federacja Ośmiu*, in: *Kultura* [Paris], 1954, Nr. 4, 98–101.

65 Edward Raczyński, *Europeizm czy regionalizm*, in: *Kultura* [Paris], 1954, Nr. 5, 98–108.

sowie eine Föderation, die sich bloß auf rechtliche Logik und Staatsrechtstheorien stützte, unannehmbar.

Ripka ging auch von der Erfahrung aus, dass eine Verfassung, die nur aufgrund kurzfristiger Interessen und Rahmenbedingungen angenommen würde, einseitig und nicht lange funktionsfähig sein würde, auch wenn sich an ihrer Formulierung hoch qualifizierte Juristen beteiligten; die Folgen konnten seines Erachtens in die Katastrophe führen. Ripka fühlte, dass solche Schritte umso trügerischer für die Formung der überstaatlichen Gesamtheiten sind. Er begriff, dass einer in Eile und mit kurzfristiger Perspektive gegründeten Föderation der rasche Zerfall drohe und damit das Ideal der europäischen Integration vor der öffentlichen Meinung desavouiert würde, auch wenn es an den Enthusiasmus nicht nur der Politiker, sondern auch der breiten Bevölkerung appelliere.

Würde die Föderation hingegen schrittweise errichtet, würden die folgenden Schritte aufeinander aufbauen, was auf ein stabiles Ergebnis hoffen lasse. Aus diesem Grund ließ sich Ripka von der Logik des Schuman-Plans inspirieren. Deshalb betonte er auch mehrmals die Wichtigkeit einer flexiblen und elastischen Organisation der mitteleuropäischen Föderation; nur eine langfristig aufgebaute Föderation würde zum Qualitätsmodell. Daher auch riet Ripka den enthusiastischen Föderalisten zur Zurückhaltung.

Bald nach Abschluss seines Werkes „Föderation für Mitteleuropa“ konzentrierte sich Ripka neben der Frage, was nach dem Zerfall des Kommunismus zu tun sei, auf konkrete Probleme, und zwar, wie, und insbesondere unter welchen außenpolitischen Umständen der Fall des Kommunismus in Mitteleuropa gefördert werden könne. Um die außenpolitischen Umstände günstig zu beeinflussen, entstand 1953 der Ripka-Plan, der bis Ende 1957 ständig an die sich wandelnden Bedingungen angepasst wurde.⁶⁶ In diesem Plan spielte das Thema der Vereinigung Europas erneut eine wichtige Rolle. Ripka nahm auch am Kongress der Europabewegung in Rom im Juni 1957 teil.

Seit 1960 war auch das politische Denken des Exils von der Bipolarität der Welt- und Europapolitik geprägt. Das Problem Westberlin, die deutsche Frage, die Befreiung der Nationen Ostmitteleuropas, usw. wurden nun vor allem (und später ausschließlich) als Teil der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen betrachtet. Zwar knüpfte man Hoffnungen an die Gaullés Initiativen sowie die Aktivitäten der jüngeren Generation der Politiker der Bundesrepublik, jedoch zunehmend in der Überzeugung, dass erst ein amerikanisch-sowjetischer Konsens alle Schlüsselfragen regeln würde.

In der Tschechoslowakei stand die Frage der europäischen Integration im Jahr 1968 ganz am Rande, oftmals besaßen die Diskutanten nur minimale Grundkenntnisse, häufig hatten sie eine naive Sicht der Dinge, die zudem oft vom Messianismus belastet war. Und solche Desinformationen, Selbstbetrug oder pure Stimmungen dominierten – trotz der Begeisterung über den „neuen Kurs“ – gegenüber den wenigen gelehrten Beiträgen zur Problematik der europäischen Integration. Und eben solche Ansichten kennzeichneten die neue, große Welle der tschechoslowakischen Emigration seit dem August 1968.

66 Die letzte Version präsentierte Ripka auf der Sitzung des ACEN am 23. Oktober 1957. Danach versandte er sie in vervielfältigter Form: Hubert Ripka, Memorandum on a Neutral Belt in Central Europe. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte ... [Prag], Fond H. Ripka, Kart. 27, inv. Nr 00928 (Hektographie).